



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung -

Bereich Frauen: Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 3. November 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-21-0043

Gewalt gegen Frauen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 27.10.2020 -

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist in den Medien - ob Zeitungen, Magazine, Internet oder im Fernsehen - omnipräsent und hat gerade in der Zeit des sogenannten Lockdowns besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Am 2. Juni 2020 veröffentlichte die Technische Universität München die Ergebnisse der ersten großen repräsentativen Studie zu Erfahrungen von Frauen und Kindern in Deutschland zum Thema häusliche Gewalt während der Corona-Pandemie. Zwischen dem 22. April und dem 8. Mai 2020 wurden 3.800 Frauen bundesweit befragt. Demzufolge wurden rund 3 Prozent der Frauen während der strengen Kontaktbeschränkungen zu Hause Opfer körperlicher Gewalt, 3,6 Prozent wurden von ihrem Partner vergewaltigt und 3,8 Prozent fühlten sich von ihrem Partner bedroht. Bei 4,6 Prozent der Befragten regulierte der Partner die Kontakte mit anderen Personen und in 2,2 Prozent durften die Frauen das Haus bzw. die Wohnung nicht ohne Erlaubnis verlassen. Waren die Frauen in Quarantäne oder hatten die Familien finanzielle Sorgen (z. B. auf Grund von Kurzarbeit) lagen die Zahlen deutlich höher. Die Dunkelziffer liegt womöglich ebenfalls deutlich höher. Die vorhandenen Hilfsangebote nutzte nur ein kleiner Teil der betroffenen Frauen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ist dem Magistrat die Studie bekannt?
2. Wie lassen sich gegebenenfalls (bereits berichtete) abweichende Zahlen für Wiesbaden einordnen sowie erklären?
3. Ist eine so detaillierte Datenlage bisher schon vorhanden? Falls nein, wäre es wünschenswert, dass eine Erhebung ab sofort veranlasst wird.
4. Wie hoch sind die aktuellen Zahlen von Frauen, die wie oben beschrieben, Gewaltopfer in der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden (falls möglich bitte auch das Alter, Migrationshintergrund, Familienstand und Anzahl der Kinder angeben)?
5. Wie viele Frauen haben medizinische und/oder therapeutische Hilfe während oder nach dem Lockdown gesucht? Hierbei wäre von besonderem Interesse, wie die tägliche Sprechstunde, die von der kommunalen Frauenbeauftragten in Kooperation mit pro familia eingerichtet wurde, seit März in Anspruch genommen wurde.
6. Können die vorhandenen Kapazitäten in den Frauenhäusern als ausreichend bezeichnet oder muss hier ggf. über eine Erweiterung nachgedacht werden, indem das bestehende Frauenhaus nicht aufgegeben, sondern ertüchtigt wird?
7. Welche Erkenntnisse liegen zum o.a. Thema in anderen, vergleichbar großen Städten in Hessen vor und welche davon waren an der Studie beteiligt?

Beschluss Nr. 0083

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2020

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2020

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I/F
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister